

IX. Öffentliche Güter und Dienstleistungen dürfen nicht privatisiert werden

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen ist ein wesentlicher Bestandteil der neoliberalen Ideologie. Private würden es besser und billiger machen. Außerdem würde der Markt schon alles regeln und Entstaatlichung wäre positiv für die Wirtschaft. Die Beispiele in anderen Ländern und bei uns beweisen das pure Gegenteil. Die Märkte regulieren gar nichts. Private haben in erster Linie Interesse daran, dass sich ihre Investitionen lohnen und sie hohe Gewinne machen. Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Gesundheit, Erziehung, Bildung, öffentlicher Personennahverkehr) haben diese Interessen nichts verloren. Bei der Privatisierung gibt es darüber hinaus nicht nur die Flucht vor Tarifverträgen, sondern auch von der öffentlichen Kontrolle. Bei öffentlichen Einrichtungen können die Bürger/innen über ihre gewählten Gemeinderäte oder gar über Bürgerbegehren/Bürgerentscheide Einfluss nehmen. Dieser Einfluss schwindet bei Privaten bis zur Unkenntlichkeit.

Die meisten Menschen in Baden Württemberg sind auf öffentliche Dienstleistungen, auf die öffentliche Daseinsvorsorge dringend angewiesen. Nur wer viel Geld hat, kann Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, die Pflege im Alter u.v.a.m. privat bezahlen. Die überwiegende Mehrheit kann das nicht. Deshalb sind wir für den Ausbau der öffentlichen Grundversorgung und gegen deren Privatisierung. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören:

- Gut ausgebaute Schulen, Kindergärten und Ganztageseinrichtungen mit entsprechender pädagogischer und sozialer Betreuung
- Ein bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr
- Die Pflege des Straßen- und Verkehrsnetzes und die Pflege der öffentlichen Anlagen und Einrichtungen
- Gute und bezahlbare Pflege im Alter
- Eine flächendeckende medizinische Versorgung
- Spielplätze, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und deren pädagogische Betreuung
- Zugang aller Menschen zu Kommunikation und den modernen Kommunikationsstrukturen
- Die Ver- und Entsorgung mit Wasser, Abwasser, Energie und Müllabfuhr
- Ausreichende soziale Dienste (sozialpsychologische Beratung, Drogenhilfe, Schuldnerberatung, Schwangerenberatung usw.)
- Erhalt der öffentlichen Sparkassen
- Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es ist längst widerlegt, dass Private diese Dienstleistungen besser und billiger machen. Das Gegenteil ist richtig. Private wollen Gewinne machen. Die Privatisierung z.B. der EnBW und damit auch der Stuttgarter Wasserversorgung war ein großer Fehler. Inzwischen ist die Versorgung mit Energie deutlich teurer geworden. Gleichzeitig hat die EnBW mehrere tausend Arbeitsplätze vernichtet. Auch die Quersubventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs mit den Einnahmen aus der Energieversorgung ist weggefallen. Die Verteuerung der Preise war und ist die Folge. Auch die Privatisierung der Post und Bahn hatte überwiegend negative Folgen für die Bevölkerung und für die Beschäftigten. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte, sowohl des Landes wie der Kommunen, gelingt durch

Privatisierung nicht, wie die zunehmende Verschuldung beweist. Sie nimmt zu, und immer größere Teile des Tafelsilbers sind verkauft oder gar verschleudert.

Öffentliche Güter, wie Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Erziehung, Bildung, ÖPNV u.v.a.m. dürfen nicht dem Markt und Wettbewerb ausgeliefert werden. Genau das will Ministerpräsident Oettinger und das will im besonderen Maße die FDP, die am liebsten alles privatisieren würde. Auch die Grünen sind für die Privatisierung öffentlicher Güter. Kinder und Jugendliche dürfen aber nicht nach Konkurrenz- und Gewinn Gesichtspunkten erzogen oder gebildet, Kranke nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt werden. Investmentgesellschaften oder private Versicherungen dürfen keine Krankenhäuser betreiben und private Dienstleistungskonzerne dürfen keine Universitäten oder Schulen übernehmen, wie das heute schon z.B. in den USA der Fall ist. Öffentliche Busse und Bahnen müssen auch zu bezahlbaren Preisen die Strecken befahren, die nicht rentabel sind, und Altenpflegeeinrichtungen müssen auch vorhanden sein, die sich keine privaten Seniorenheime leisten können. Eine ausreichende Versorgung mit Erholungseinrichtungen, öffentlichen Bädern und Spielplätzen erhöht die Lebensqualität der Menschen. Die flächendeckende Versorgung mit wohnortnahen Krankenhäusern muss erhalten werden. Durch eine verfehlte Gesundheitspolitik werden heute schon viele Kreiskrankenhäuser geschlossen, privatisiert oder zu Großkliniken fusioniert.

Die WASG ist die einzige Partei, die bei den Landtagswahlen antritt und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen prinzipiell ablehnt und eine Rückführung bereits privatisierter Bereiche (z.B. der EnBW) fordert. Die WASG lehnt auch die Umwandlung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen in AGs, GmbHs oder gemeinnützigen GmbHs ab. Die öffentliche Kontrolle durch die gewählten Gemeinderäte oder Abgeordnete muss gewährleistet sein. Der Einfluss der Bürger/innen auf eine bürgernahe Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen soll insbesondere durch die Erleichterung von Bürgerentscheiden verbessert werden.

Auch die Ausgliederung öffentlicher Bereiche (Reinigungsdienste, Architektur- und Ingenieurleistungen, Hausverwaltungen usw.) lehnen wir ab. Nicht nur leidet darunter die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, sondern auch die Beschäftigten leiden, die in aller Regel ebenfalls aus ihren Tarifverträgen und sozial regulierten Arbeitsverhältnissen ausgegliedert werden.

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst darf nicht abgebaut werden. Im Gegenteil: Durch ein öffentliches Investitionsprogramm kann die Beschäftigung erweitert und die öffentliche Infrastruktur verbessert werden.

Die Beteiligung privater Unternehmen und Konzerne an der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen (Public-Private-Partnership), insbesondere am Bau von Straßen, Tunnels, Gebäuden, lehnt die WASG ab. Es ist der schleichende Weg zur Privatisierung. Die Konzerne und privaten Unternehmen sollen lieber angemessenen Steuern bezahlen, dann kann die öffentliche Hand die nötigen Investitionen selbst vornehmen und die alleinige Kontrolle darüber ausüben.

Die von der Landesregierung befürwortete Einführung der Autobahnmaut für PKWs und die damit vorgesehene Privatisierung der Autobahnen ist nur ein weiterer Versuch, den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen und nebenbei Volkseigentum an Private zu übertragen. Den Zugang zu öffentlichen Straßen vom Geldbeutel abhängig zu machen, halten wir für einen ungeeigneten und unsozialen Weg zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.

Wir treten für eine qualifizierte Versorgung mit öffentliche Gütern und Dienstleistungen ein. Dafür ist es erforderlich, dass im öffentlichen Dienst Menschen arbeiten, die ordentlich bezahlt sind, deren Arbeitsplätze sozial und tariflich reguliert sind und die regelmäßig qualifiziert werden. Die Erledigung der öffentlichen Arbeiten durch Ehrenamtliche, Vereine und 1-Euro-Jobber, wie es z.B. bei der Ganztagesbetreuung an den Schulen geplant ist, halten wir für den falschen Weg.

Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge ist finanzierbar. Wir leben in einer reichen Gesellschaft, deren Reichtum falsch verteilt ist. Die Reichen und die Konzerne müssen wieder angemessen Steuern bezahlen. Gerade die Einführung der Vermögenssteuer würde dem Land Baden-Württemberg über 2 Mrd. Euro zuführen.

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!